



## Presseinformation

Nr. 197 / 2014

Kiel, Montag, 5. April 2014

Hochschule / Lehrerausbildung

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Ein wirklicher Dialog muss zum Ziel haben, die Lehrerausbildung langfristig auf feste Füße zu stellen

Zur aktuellen Diskussion über die Reform der Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Wissenschaftsministerin und der Ministerpräsident haben mit ihrem dilettantischen und selbstgerechten Vorgehen den Konfliktgrund für diese Auseinandersetzung gelegt. Insbesondere das Wende-Ministerium hätte sich im Vorfeld ernsthaft um einen tragfähigen Kompromiss bemühen müssen und nicht – nach unabgesprochener Änderung des Planes – im Nachhinein die Universitäten um eine Nachbesserung ihrer Vorlage bitten sollen. Die jetzt eingetretene Situation ist kein Ausweis der viel gepriesenen Dialogkultur, sondern vielmehr von Unvermögen dieser Landesregierung.

Dass die beiden Universitäten Kiel und Flensburg grundsätzlich wieder Bereitschaft zum Dialog zeigen, ist ein positives Signal. Der jetzt ins Spiel gebrachte Vorschlag einer Schlichtung bzw. Expertenkommission könnte dazu beitragen, ein wenig Entspannung in die sehr aufgeheizte universitäre Atmosphäre zu bringen. Wichtig ist, dass man am Ende eines solchen Prozesses zu einer Lösung kommt, die für beide Universitäten, die Schulen und natürlich die Studierenden von Vorteil ist. Wenn hierfür mehr Zeit nötig ist, als von der Koalition bisher geplant, dann sollten sich alle Beteiligten diese Zeit auch nehmen. Es hilft niemandem, wenn unter Druck schon wieder mit heißer Nadel vermeintliche ‚Lösungen‘ gefunden werden, die wegen Untauglichkeit gleich wieder kassiert werden müssen.

Ein wirklicher Dialog muss ergebnisoffen sein und vor allem auch die Opposition einbinden. Das Ziel muss sein, die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein auch über diese Wahlperiode hinaus auf feste Füße zu stellen. Hierfür ist aus unserer Sicht unerlässlich, dass die

www.fdp-fraktion-sh.de

Koalition von der geplanten Abschaffung des Gymnasiallehrers Abstand nimmt. Die Ministerin muss ihren ideologischen Elfenbeinturm verlassen und von ihrem untauglichen Murks-Entwurf abrücken.“